

Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2009. ISBN: 978-3-423-24736-8; 734 S.

Rezensiert von: Bernd Faulenbach, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum

Der umfangreiche Band (734 S.) behandelt in 36 Einzelbeiträgen „Revolution und Vereinigung 1989/90“. Dabei wird eine Vielzahl von Aspekten des Geschehens angesprochen, so dass trotz des Tatbestandes, dass jeder Einzelbeitrag geschlossen ist und für sich steht, ein differenziertes Bild von 1989/90 gezeichnet wird, das weitgehend dem gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand entspricht. Häufig schreiben die Autoren zu „ihrem“ Gebiet, auf dem sie durch Veröffentlichungen ausgewiesen sind.

Aufs Ganze gesehen spiegelt der Band die sich mehr und mehr durchsetzenden Einschätzung, dass für das Geschehen 1989 der Begriff „friedliche Revolution“ angemessen ist und diese die unabdingbare Voraussetzung für die Vereinigung war, das heißt das Gesamtgeschehen nicht einfach unter dem Begriff „Wiedervereinigung“ subsumiert werden kann. Die Beiträge beziehen sich auf Deutschland; der europäische Zusammenhang 1989/90 hätte stärker betont werden können, obgleich das Geschehen in der DDR manche Spezifika aufwies und seine herausragende Bedeutung für die deutsche Geschichte außer Zweifel steht.

Einige Beiträge am Anfang und Ende des Bandes bemühen sich um eine stärker synthetisierende und einordnende Betrachtungsweise. In seinem einleitenden Beitrag nennt der Herausgeber Klaus-Dietmar Henke gleich 10 „günstige Voraussetzungen“ für den „Durchbruch der Demokratie“, worunter er so unterschiedliche Komplexe wie Gorbatschows Politik, den KSZE-Prozess, Entwicklungen in „Bruderländern“ wie die Rolle der Evangelischen Kirche, die Entstehung von Oppositionsgruppen und der Bürgerbewegung fasst, um dann das Massenhandeln, den Mauerbau, den Partei- und Staatszerfall zu skizzieren und die „Reaktion“ der Bundesrepublik,

der vier Siegermächte und Polens zu umreißen – ein Beitrag, der eine Mischform von Einführung und Gesamtinterpretation liefert.

Den Versuch der Einordnung der „ostdeutschen Revolution“ unternimmt in einem abschließenden Essay der Harvard-Historiker Charles Maier. Er sieht die Umwälzung klar unterschieden von den zahlreichen mit Waffengewalt herbeigeführten Umbrüchen im 20. Jahrhundert und ordnet sie stattdessen den „großen historischen Bewegungen“ zu, die durch „Massenmobilisierungen in ganz bewusst gewaltfreien Demonstrationen“ zum Erfolg kamen; er sieht Affinitäten zur Bewegung Gandhis vor 1947, zur amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1970er-Jahre, zur polnischen Solidarność der frühen 1980er-Jahre und zu den Protesten gegen die Apartheid: „sie alle brachten die Machthaber dazu, ohne den Rückgriff auf Gewalt über einen tiefgreifenden Wandel zu verhandeln“ (S. 574). Maier versucht mithin, den Begriff des „zivilen Widerstandes“ auf die DDR zu übertragen, der sich mit dem Anspruch auf den öffentlichen Raum verbunden habe. Bei Maier fehlen selbstverständlich die ökonomischen Momente oder auch auslösende Ereignisse wie die Öffnung der ungarischen Grenze nicht. Das eigentliche Geschehen sieht er als Prozess, der durch eine Reihe von Wechselwirkungen, etwa zwischen Umsiedlern und Protestierenden, zwischen den Massen und gemäßigten Kräften der SED oder auch zwischen der DDR und der Bundesrepublik vorangetrieben wurde.

Die Masse der Beiträge ist beiden Hauptteilen des Bandes, dem Aufbruch in der DDR und der Reaktion der „großen Politik“ (hier wird auch der Vereinigungsprozess abgehandelt) zugeordnet. Nach einem Beitrag Richard Schröders, der die Schwierigkeiten thematisiert, den Alltag und die Realität der DDR retrospektiv zu erfassen, liegt der Fokus zunächst auf strukturellen Problemen, etwa den Defiziten der Zentralverwaltungswirtschaft (Hans Buchheim), dem Vordringen der D-Mark und seinen Folgen (Werner Plumpe) oder der finalen ökonomischen Krise (André Steiner). Bemerkenswert ist der Beitrag von Jens Gieseke über die Stimmung der Bevölkerung im Spiegel der Stimmungsberichte der Staatssicherheit, in denen durchaus der

zunehmende Kontrollverlust der staatlichen Organe und die wachsende Bedeutung von Existenzfragen anklingen, ohne dass freilich Auswege aufgezeigt worden wären.

Das eigentliche revolutionäre Geschehen beginnt mit einem glänzend formulierten Zeitzeugenbericht des Historikers Stefan Wolle über den 6.-9. Oktober in Berlin, es folgt ein Beitrag von Ralph Jessen, der den Zusammenhang von Oppositionsgruppen und Volksbewegung thematisiert, dabei besonders die immense Bedeutung der Gruppen zeigt, doch auch ihr Scheitern angesichts der Institutionalisierung von Politik in der weiteren Entwicklung. Detlev Pollack erklärt die Revolution aus dem spezifischen Zusammenwirken von sozialstrukturellen Bedingungen und ereignisgeschichtlichen Momenten des Massenprotestes. Nicht näher behandelt werden können hier die durchweg lesenswerten Beiträge über die Revolution in der Provinz (Michael Richter), über die herausragende Bedeutung des 9. Oktober in Leipzig (Rainer Eckert) und des Falls der Mauer am 9. November in Berlin (Manfred Wilke). Bärbel Bohley erhält als einzige Einzelpersonlichkeit einen besonderen Beitrag (Ehrhart Neubert), was gewiss nicht allen Lesern einleuchten wird. Weitere fundierte Beiträge dieses Teils haben die „Wende in der Wende“ (Mark-Dietrich Ohse), die bedeutsame Rolle der Evangelischen Kirche im Revolutionsjahr (Clemens Vollnhals) und den Untergang der Staatspartei (Walter Süß) zum Gegenstand. Zu Recht wird neben den Runden Tischen (Francisca Weil) und der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 (Sebastian Richter) die häufig zu sehr vernachlässigte Periode der DDR-Politik von dieser Wahl bis zur Vereinigung („der lange Sommer einer kurzen Demokratie“) von Thomas Lindenberger thematisiert.

Im zweiten Teil wird von – in diesem Feld einschlägig ausgewiesenen – Historikern und Politikwissenschaftlern die Rolle der Bundesrepublik und der Mächte beleuchtet, von Hans-Jürgen Küsters und Karl-Rudolf Korte die Politik der Bundesregierung vor und nach dem Fall der Mauer, von Jens Hüttmann die überwiegend als Katalysator zu betrachtende Rolle der West-Medien und der westdeutschen Öffentlichkeit im Gesamtprozess sowie von Roger Engelmann die Schwierigkeiten

der Intellektuellen, die das Geschehen genauso wenig vorhergesehen hatten wie die übrige Öffentlichkeit und sich teilweise mit der Entwicklung, insbesondere mit der Wiedervereinigung, schwer taten. André Steiner, der als einziger zwei Beiträge beisteuert, zeichnet den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion nach.

Bernd Stöver behandelt die den Prozess stützende und teilweise vorantreibende Politik der amerikanischen Politik unter Georg Bush senior und Michael Lemke die vielfältig kontrovers diskutierte, erst zögernde, dann jedoch zustimmende Rolle der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow. Lemke vertritt die These, dass die sowjetische Politik durchaus der Konstellation angemessen und logisch war. Wollte die UdSSR als „zukunftsfähige Großmacht“ weiter bestehen und „sich erfolgreich in ein neues internationales Beziehungssystem nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes einbringen“, dann musste sie nicht nur Reformen im Inneren, sondern auch in den Außenbeziehungen realisieren: „Die UdSSR handelte aus der Situation heraus nicht anders als vernünftig, wenn sie ihren ostdeutschen Verbündeten, der in jeder Beziehung mehr zu kosten begann, als er ihr einbrachte, und als Bestandteil des europäischen Gleichgewichts überflüssig zu werden schien, schrittweise zugunsten einer gesamtdeutschen Alternative aufgab“ (S. 471). In der Tat abstrahiert die heutige retrospektive russische Kritik an der Gorbatschowschen Politik von der Konstellation und ist nicht selten von unzeitgemäßen imperialen Ideen als kategorialem Rahmen geleitet. Die Beiträge von Günther Heydemann für die Politik von Frau Thatcher, von Rainer Hudemann für Frankreich und Klaus Ziemer für Polen sind differenzierte Studien, die die nationalen Besonderheiten des Verhaltens der drei Länder herausarbeiten. Den „Zwei-plus-vier-Vertrag“, der an die Stelle eines Friedensvertrages trat, behandelt Reinhard Müller, der daran erinnert, dass alles „auch ganz anders“ hätte kommen können (S. 536).

Gerhard A. Ritter bilanziert in seinem Beitrag die Kosten der Einheit und bekräftigt seine Einschätzung, dass die wesentlichen Entscheidungen im Vereinigungsprozess zwangsläufig und alternativlos waren.

Die Währungsunion war aus seiner Sicht nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch richtig. Im Hinblick auf den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“, der vielfach – nicht zuletzt von der Opposition kritisiert wurde – erinnert Ritter daran, dass dieser bald erheblich modifiziert worden sei, allerdings anfangs durch Unklarheit der Situation unnötige soziale Spannungen verursacht habe. Als ausgesprochenen Fehler betrachtet der Historiker die Form der Finanzierung der Einheit, die in erheblichem Maße über Schulden erfolgte und im Übrigen durch die starke Inanspruchnahme der Sozialsysteme die mittleren und unteren Schichten überproportional belastete. Die Krise des Sozialstaates der Bundesrepublik sei zwar nicht durch die Vereinigung hervorgerufen, doch wesentlich verschärft worden. In diesem Zusammenhang zitiert Ritter den Bundesbankpräsidenten Axel A. Weber mit der These aus dem Jahr 2005, dass zwei Drittel der Wirtschaftsschwäche Deutschlands „einigungsbedingt“ seien.

Über manche Aussage des Bandes lässt sich naturgemäß streiten. Aufs Ganze gesehen hält er jedoch durchaus einen Vergleich mit neueren Gesamtdarstellungen zu 1989/90 aus. Etliche Einzelbeiträge sind zudem geeignet, den Forschungsprozess weiter anzuregen.

HistLit 2010-4-054 / Bernd Faulenbach über Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München 2009, in: H-Soz-Kult 22.10.2010.